



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Bild: Auto AG

AUSLESE

Diese Ausgabe wird gesponsert von der Firma

Auto AG Schwyz

6431 Schwyz

Nr.	Datum	Sponsor	
377	23.11.2006	HELOG-HELISWISS AG, Helikopter-Transporte, Haltikon 32, 6403 Küssnacht a. Rigi	392 20.03.2008 Beat Föhn AG, Plattenbeläge, Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen
378	21.12.2006	BDO Visura, Feldmoosstrasse 12, 8853 Lachen	393 24.04.2008 Balz Vogt AG, Bodenbeläge, Industriestrasse 1-15, 8855 Wangen
379	25.01.2007	OBT AG, Rubiswilstrasse 14, 6431 Schwyz	394 22.05.2008
380	22.02.2007	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Büelgasse 6, 8855 Wangen	395 26.06.2008 Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, 8855 Wangen
381	22.03.2007	A. TSCHÜMPERLIN AG, BAUSTOFFE, Oberneuhofstrasse 5, 6341 BAAR	396 22.07.2008
382	26.04.2007	DOM AG Sicherheitstechnik, Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf	397 20.08.2008
383	24.05.2007	Auto AG Schwyz, 6431 Schwyz	398 23.09.2008
384	21.06.2007	biberbau ag, 8836 Biberbrugg	399 21.10.2008
385	23.08.2007	pensionskasse pro, 6430 Schwyz	400 20.11.2008
386	20.09.2007	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannen, 6414 Oberarth	401 18.12.2008
387	25.10.2007	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz	402 22.01.2009
388	22.11.2007	Maschinenbau BÜHLER AG, 6431 Schwyz	403 19.02.2009
389	20.12.2007	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Notare, in 8808 Pfäffikon und 8002 Zürich	404 26.03.2009
390	24.01.2008	MIT Provider AG, Rebbergstrasse 20, 8832 Wollerau	405 23.04.2009
391	21.02.2008	Schwyzner Kantonalbank, 6431 Schwyz	406 28.05.2009
			407 25.06.2009
			408 23.07.2009
			409 27.08.2009
			410

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur., Fürsprecher
Wehrlı Rechtsanwälte
Bahnhofstrasse 4 / Postfach 762
6431 Schwyz
Tel. 041 818 80 92
Fax 041 811 80 81
info@h-i-sz.ch

Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonalbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia, Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 818 80 92
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:
Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz
BdU = Bote der Urschweiz
Cas = Cash
EiA = Einsiedler Anzeiger
Fac = Facts
FrS = Freier Schweizer
GeB = Schwyzner Gewerbe-Blatt
HöV = Höfner Volksblatt
MaA = March-Anzeiger
MHZ = March Höfe Zeitung
NLZ = Neue Luzerner Zeitung
NSZ = Neue Schwyzner Zeitung
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
RiP = Rigi Post
SHZ = Schweiz. Handelszeitung

Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz
SKB = Schwyzner Kantonalbank
StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz



Karl Heberle
Lütze AG

Missbrauch oder Gebrauch ...

Sind die Sozialhilfen in der Schweiz zu grosszügig bemessen? Wie erfolgreich sind die Arbeitsprogramme in unserem Lande? Die Antworten der «Fachleute» sind seit Jahren immer dieselben: Schuld an den in den letzten Jahren explosionsartig gewachsenen Fürsorgequoten seien die Wirtschaft und der verschärfte Konkurrenzdruck. Die meisten Fürsorgebezüger würden nichts lieber wollen als arbeiten und schlecht integrierte Immigranten trügen das grösste Armutsrisiko. Doch stimmt das wirklich?

Immerhin, und das erwähnt fast niemand, kamen die meisten Zuwanderer in die Schweiz, weil sie hier ungleich bessere wirtschaftliche Perspektiven haben als in ihren Heimatländern. Dass 45 Prozent, unter Einbezug von Asylsuchenden und Einbürgerungen über 70 Prozent der Fürsorgebezüger einen «Migrationshintergrund» haben, deutet darauf hin, dass nicht der Arbeitsmarkt, sondern die Sozialsysteme eine eigene Attraktivitätswirkung entfalten.

Der Schweizer Sozialstaat hat ein Ausländerproblem, wenn über 70 Prozent unserer Sozialhilfeleistungen an Ausländer gehen, an Asylbewerber und an Leute, die erst vor kurzem eingebürgert wurden. Das Problem sind nicht die Schlaumeier, die die Versorgungsschläuche der Sozialwerke in der Schweiz anzapfen. Es ist auch nicht die «Mitnahmementalität» der kleinen Leute, wie dies oft behauptet wird.

Das Problem sind die Sozialsysteme selber, die auf einem unrealistischen Menschenbild aufbau-

en, die aufgrund von sozialistischen Gleichheitsprämissen schon lange nicht mehr als eine Art Nothilfe funktionieren, sondern als ein System zur Daseinssicherung und zur nachhaltigen Umverteilung von Wohlstand. Die Sozialwerke produzieren Anreize und Sogwirkungen, die ausser Kontrolle geraten sind.

Bedenken wir, dass der Mensch seit einigen tausend Jahren ein Jäger und Sammler ist. Er nimmt alles mit, was man ihm fahrlässigerweise oder mit besten Absichten hinstellt.

Karl Heberle
Geschäftsführer Lütze AG, Siebnen

Inhaltsverzeichnis

SZ
Wirtschaftsmeldungen 4–6

Aktuell
Vielversprechende Vereinfachung der MWST7

Index8

Themen CH
Finanzreferendum:
Problem statt Lösung9

Aktuelle Entwicklungen im nationalen und internationalen Zollwesen 10

Kommentar zum Zeitgeschehen
Wertschöpfung und «life-cycle-costs» 11

Veranstaltungshinweis 12

Kantonalbank erhöht Zinssätze

Die Schwyzer Kantonalbank als Marktleaderin erhöht den variablen Hypothekarzinssatz erstmals seit vier Jahren (Juni 2003) um ein Viertel Prozent auf 3,25 Punkte. Für Neugeschäfte gilt der neue Zinssatz ab 21. Mai, für bestehende Hypotheken tritt die Erhöhung auf 1. August in Kraft. Begründet wird der Schritt mit der Marktlage. Da der SZKB-Zinssatz als Reverenz für die Festsetzung der Mietzinse im Kanton gilt, trifft diese Anpassung nicht nur die Eigentümer, sondern auch die Mieter. Es wird davon ausgegangen, dass viele Vermieter nun die Mietzinse erhöhen. Inzwischen sind nur noch ein Viertel der Darlehen mit variablem Zinssatz vergeben. Trotzdem können auch jene Vermieter, welche eine Festhypothek abgeschlossen haben, die Mietzinse nach oben anpassen. Gemäss Umrechnungstabelle des Hauseigentümergebietes des Kantons Schwyz kann ein Vermieter den Mietzins nun um drei Prozent verteuern. Allerdings nur, wenn 2003 die Mieten bei der damaligen Hypothekarzinssenkung ebenfalls reduziert worden sind. Bereits früher, per 1. November 2006, hat die SZKB die Zinsen bei einzelnen Sparkonti und Jugendkonti um ein achtel Prozent erhöht. Auf den 1. Juni 2007 erfolgt nun eine weitere Erhöhung um ein Viertel Prozent im Sparsbereich und um ein Achtel Prozent im Kontokorrentbereich.

Etzel-Konzession wird nicht verlängert

Die Sihl-Anreinerkantone Schwyz, Zürich und Zug wollen den 2017 auslaufenden Konzessionsvertrag mit den SBB über die Energienutzung des Sihlsees nicht verlängern. Der Schwyzer Baudirektor Lorenz Bösch begründet diesen Schritt im Hinblick auf die künftige Nutzung und mit der Wahrung der öffentlichen Interessen. Über das weitere Vorgehen bei der Energienutzung nach Ablauf des Vertrages wollen die Kantone zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Ob die Kantone die Energie aus dem flächenmässig grössten Stausee der Schweiz selber nutzen wollen, ist derzeit noch offen. Eine Einstellung der Energieproduktion und die Aufhebung des aufgestauten Sihlsees hingegen steht nicht zur Diskussion. Die SBB sind an einer weiteren Vertragsverlängerung interessiert. Das Etzelwerk sei für die Bahnstromversorgung insbesondere im Raum Ost- und Zentralschweiz sehr wichtig, sagte die SBB-Mediensprecherin. Die Etzelwerk AG ist eine Tochtergesellschaft der SBB und nutzt in ihrem Kraftwerkanlagen in Altendorf seit 70 Jahren das gestaute Wasser des Sihlsees zur Erzeugung von Strom für den Bahnverkehr.

Zuwenig «niederschwellige» Lehrstellen

Im Kanton Schwyz fehlen rund 100 Lehrstellen für Jugendliche mit Lerndefiziten. Kantonsweit gibt es erst 87 Ausbildungsplätze in der zweijährigen beruflichen Grundbildung, wie es in der neuesten Ausgabe des Lehrmeisterbriefes heisst. «Ideal wären 150 bis 200 Stellen in diesem Segment.» Im Kanton Schwyz bekunden jedes Jahr 100 Schulabgänger Mühe, einen Ausbildungsplatz zu finden. Es handelt sich dabei um Jugendliche mit schulischen Defiziten und problematischem Sozialverhalten. Vor allem Schüler aus dem Balkan und der Türkei bleiben auf der Strecke. Da die Ausbildung von Jugendlichen mit sozialen und schulischen Schwierigkeiten hohe Anforderungen stellt,

werden die Unternehmen vom Kanton unterstützt. Dank zwei Networkern will der Kanton neue Lehrstellen im niederschweligen Bereich beschaffen. Sie sollen bis im Sommer 32 neue Ausbildungsplätze akquirieren.

Weniger Stipendien

Verfügen die Eltern über ein geringes Budget, springt der Kanton mit Stipendien ein und übernimmt einen Teil der Ausbildungskosten. Allerdings sinkt die Zahl der Gesamtsumme der ausbezahlten Stipendien in den letzten Jahren ebenso konstant wie die Gesuchszahlen. 2004 wurden 1661 Gesuche gestellt, 1052 gut geheissen und 6,2 Mio. Franken überwiesen. 2005 zahlte der Kanton noch 5,3 Mio. Franken aus (1546 Gesuche, 974 angenommen). 2006 bearbeitete der Kanton nur noch 1365 Gesuche, beurteilte 873 positiv und zahlte dafür fünf Mio. Franken aus. Zu einem grossen Teil sind die sinkenden Zahlen auf die Neueinschätzung der Liegenschaften zurückzuführen. Verlierer sind einmal mehr Familien aus dem Mittelstand. Sie sind durch das steuerlich höher eingeschätzte Eigentum auf dem Papier vermögenter geworden und erhalten nun weniger Stipendien, Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen. Die CVP fordert in einer noch hängigen Motion, beim steuerbaren Vermögen zwischen gebundenem und ungebundenem Vermögen zu unterscheiden. So soll künftig nur noch das ungebundene Vermögen (Geldwerte, Wertpapiere und dergleichen) relevant sein.

Richtplanung für Innerschwyz

«Von der Talschaft zur attraktiven Voralpenstadt» heisst eine neue Ausstellung im Forum der Schweizer Geschichte in Schwyz. Sie steht im Zusammenhang mit der Richtplanung für die Region Innerschwyz und dauert noch bis 15. Juli. Der Entwurf für die Richtplanergänzung der Region Rigi-Mythen liegt bis am 10. Juli in den davon betroffenen acht Innerschwyzern Gemeinden auf. Er trägt der Siedlungsentwicklung, den Infrastrukturen für den Verkehr, dem Schutz von Natur und Landschaft sowie dem Umgang mit Naturgefahren Rechnung. Ergänzend dazu werden in der Ausstellung Perspektiven und Entwicklungen der Region aufgezeigt. Justizdirektor Peter Reuteler sieht in diesem Richtplanwerk eine grosse Chance für die Region Innerschwyz. Sie böte die Gelegenheit, den erwarteten Siedlungsdruck planmässig aufzufangen und in geordnete Bahnen zu lenken. Diese Chance habe der Bezirk Höfe nicht gehabt, der vom Siedlungsdruck der letzten 30 Jahre förmlich überrollt worden sei, sagte Reuteler.

Kühne + Nagel expandiert in Ostasien

Der Schindellegler Logistikriesen Kühne + Nagel eröffnet noch in diesem Jahr eine Vertretung im kommunistischen Nordkorea und will zudem im fernöstlichen Raum stark expandieren. An der Generalversammlung Anfang Mai wurde angekündigt, man werde vor allem in den Wachstumsmärkten gezielt weiter expandieren. Nach einem absoluten Rekordjahr 2006 ging es auch im ersten Quartal 2007 aufwärts. Der Reingewinn stieg um 28 Prozent auf 130 Mio. Franken. Laut einer Medienmitteilung ist der Konzern schon bald auch in Nordkorea vertreten und

folgt damit dem deutschen Mitbewerber DHL. «In der zweiten Jahreshälfte wird unsere neue Vertretung in Pjöngjang mit dem Managen von Luft- und Seetransporten beginnen», sagt Andy Weber, Direktor von Kühne + Nagel für den Asien-Pazifik-Raum. Der Aufbau einer konzerneigenen Lagerinfrastruktur in Nordkorea ist vorerst aber nicht geplant.

«Verzicht» auf 25 Mio. Franken

Für die Krankenkassen-Prämienverbilligung stellt der Kanton immer höhere Mittel zur Verfügung, paradoxerweise gehen aber die Bezügerzahlen wie auch die ausbezahlten Prämien seit 2004 zurück. Stellte der Kanton 2003 «nur» 61,5 Mio. Franken zur Verfügung, wovon 51,4 Mio. abgeholt wurden, so stiegen die Mittel bis 2006 kontinuierlich auf 68,5 Mio. Franken, aber nur 43,6 Mio. Franken wurden letztes Jahr an Berechtigte ausbezahlt. Damit «verzichteten» die Bezüger auf 25 Mio. Franken. Der Verzicht ist allerdings nicht ganz freiwillig und des Rätsels Lösung liegt – einmal mehr – bei der neuen steuerlichen Grundstücksbewertung, welche vor allem Familien mit Eigentum stark betreffen. Der grosse Einbruch in den Prämienauszahlungen erfolgte nämlich just vom Jahr 2004 auf das Jahr 2005, dem Jahr, als die Häuser und Eigentumswohnungen auf einen Schlag pauschal mit bis zu 80 Prozent höher bewertet wurden. Das ausbezahlte Prämienverbilligungsvolumen sank damals innert Jahresfrist von 51,8 auf gerade noch 40,8 Mio. Franken.

Verluste auf 96 Mio. Franken gestiegen

Die Verluste aus Betreibungen und Konkursen im Kanton Schwyz sind von 61 auf 96 Mio. Franken gestiegen. Die sieben Konkurskreise im Kanton Schwyz hatten letztes Jahr 87 alte und 113 neu eingegangene Fälle (total 200) zu bearbeiten. Davon konnten 111 erledigt werden, 89 sind noch pendent. Die Verluste daraus erreichen über 54 Mio. Franken, mehr als doppelt soviel wie 2005 (26 Mio.). 90 Prozent der Konkursverluste entstanden in den Bezirken March und Höfe. Im Konkurskreis Schwyz ist nur gerade ein Verlust von 1,5 Mio. Franken entstanden, in Küssnacht 2,8 Mio. Franken, in Goldau und Gersau gar keiner. Auch bei den Betreibungsverfahren sind die Verluste angestiegen. Es mussten 8753 Verlust- und Pfandausfallscheine ausgestellt werden, gesamthaft für einen Betrag von 41,6 Mio. Franken. Auch hier entfällt ein grosser Teil auf die Bezirke March (10,4 Mio.) und Höfe (7,1 Mio.). Umgekehrt haben die Betreibungsämter 28 800 Zahlungsbefehle ausgestellt, mehr als 12 500 Pfändungen vollzogen und 27 Steigerungen durchgeführt. Dabei konnten 33,2 Mio. Franken eingetrieben werden.

Drei neue Berufe im Autogewerbe

Die Autos werden immer moderner. Nun ziehen die Ausbildungen nach. Ab Sommer 2007 bietet die Automobilbranche drei neue Berufe an, die besser den Anforderungen des Autogewerbes entsprechen. So werden ab kommendem Schuljahr keine Automechaniker und Fahrzeugelektroniker mehr ausgebildet. Die beiden Berufe werden zu einem einzigen Beruf, dem Automobil-Mechatroniker, zusammengefasst. Nötig wird dieses Anpassung durch den technischen Fortschritt, weil mechanische Kenntnisse beim heutigen Hightech-Zubehör nicht mehr aus-

reicht. Die Ausbildung dauert vier Jahre. Auch der Beruf des Automonteurs verschwindet und wird vom Automobil-Fachmann ersetzt. Die Grundausbildung dauert drei Jahre. Zudem wird mit dem Automobil-Assistenten neu auch eine zweijährige Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest angeboten. Diese Ausbildung richtet sich an schulisch schwächere Jugendliche mit vorwiegend praktischer Begabung. Damit bekommen auch kleinere Werkstätten, die bisher noch nicht ausgebildet haben, die Möglichkeit, Lernende auszubilden.

Für 1,6 Mrd. Franken Immobilien verkauft

Im Kanton Schwyz sind letztes Jahr 3302 Häuser, Eigentumswohnungen und Bauparzellen verkauft worden. Das sind zwar nur 29 Objekte mehr als im Vorjahr, aber mit deutlich höherem Gesamtwert. Im Vorjahr erreichte die Gesamtsumme der registrierten Handänderungen 1,57 Mrd. Franken, jetzt war es ein Betrag von 1,66 Mrd. Franken. Besonders rege war der Handel im Bezirk Höfe. In den drei Gemeinden sind 555 Objekte im Gesamtbetrag von 504 Mio. Franken gehandelt worden. Allein in der Gemeinde Freienbach waren es 247 Objekte für 235 Mio. Franken. Im Bezirk Einsiedeln waren es 552 Objekte für 185 Mio. Franken. Im Bezirk Schwyz lag die von einem Bauboom betroffene Gemeinde Ingenbohl an der Spitze mit 194 Objekten (Wert: 105 Mio. Franken). Die Spitzenposition im inneren Kantonsteil nimmt erwartungsgemäss Küssnacht ein mit 219 Objekten im Handänderungswert von 126 Mio. Franken.

Victorinox mit 465 Mio. Umsatz

Die Victorinox-Gruppe ist auf Wachstumskurs. Sie konnte den Umsatz von 420 auf 465 Mio. Franken erhöhen. Dazu beigetragen haben alle Sparten. Damit gelang es dem Unternehmen mit Sitz in Ibach SZ endgültig, die im Nachgang der Terroranschläge vom 11. September 2001 eingetretenen Umsatzverluste auszugleichen. Inzwischen hat man auch die früheren Marchen übertroffen. Gelungen ist dies dem Hersteller des Swiss Army Knifes dank der erfolgreichen Diversifikation in die Bereiche Uhren und Reisegepäck. Rund 55 Prozent des Umsatzes entfallen auf Taschen-, Berufs- und Haushaltmesser sowie andere Taschenwerkzeuge. Die Uhren haben aber bereits 25 Prozent oder und 116 Mio. zum Umsatz beigetragen. Das unter dem Label Victorinox-Travelgear vertriebenen Gepäck-Sortiment steuerte 15 Prozent bei, textile Produkte und Bekleidung fünf Prozent. Im Aufbau befindet sich die Victorinox Swiss Army Fragrance (Parfüm). Die Auslastung der Produktion wird als sehr gut bezeichnet, teilweise wird bereits wieder Überzeit gearbeitet. Der Personalbestand stieg weltweit innert Jahresfrist von 1600 auf 1650, am Stammsitz in Ibach von 910 auf 920.

Anhaltender Aufwärtstrend im Tourismus

Der Tourismusverband Kanton Schwyz kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken, obwohl das Wetter nicht immer mitgemacht hat. Präsident Andreas Meyerhans stellt eine anhaltende Aufbruchstimmung fest. Als Beispiel nennt er den Swiss Holiday Park in Morschach, der sich zu einer Feriendestination für Familien aus ganz Europa entwickelt. Der naturnahe Tourismus sei zu einem Trumpf für unsere voralpine Region geworden.

Erfreut zeigt sich der Schwyz-er Tourismus-Präsident über den Erfolg der 2006 ins Leben gerufenen Marktgruppe. Diese hat das Ziel, die Marktbearbeitung in zahlreichen Bereichen zu koordinieren, Mittel zu generieren und Synergien zu nutzen. So entstanden in Zusammenarbeit mit Verkehrsvereinen und touristischen Anbietern ein kantonaler Unterkunftsführer und ein Hotel-Reservationssystem. Ein Highlight ist auch die erreichte touristische Verkehrslenkung auf Autobahnen und die Planung eines flächendeckenden Mountainbikenetzes.

75 000 Gäste im Seedamm Plaza

Das Kongress- und Seminarhotel Seedamm Plaza hat ein deutlich gesteigertes Jahresergebnis 2006 erzielt. Die Logiernächte sind um 15 Prozent auf 40 000 gestiegen, die Zahl der Kongressbesucher allerdings ging leicht um 1,7 Prozent auf 74 200 Gäste zurück. Das bedeutendste Tagungs- und Kongresszentrum im Kanton Schwyz hat sich auf hohem Niveau mindestens solide konsolidiert und auch etliche Kennzahlen verbessert. An Anlässen wurden 1621 durchgeführt. Die Seedamm AG hat letztes Jahr einen Nettoumsatz von 20,6 Mio. Franken erzielt, 11,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Angestellt waren 116 Vollzeit- und 71 Teilzeitbeschäftigte. Präsiert wird die AG nach wie vor von alt Ständerat Toni Dettling, Schwyz.

Tischmesse von Swiss Knife Valley

Ende April fand im Hotel Waldstätterhof in Brunnen die erste Touristikmesse der Region Innerschwyz statt. 26 Aussteller haben mitgemacht und sich grosse Mühe gegeben, ihre Produkte auf kleinem Platz schön zu präsentieren. Anstoss dazu gab die Swiss Knife Valley AG. Ziel war es, das abwechslungsreiche Angebot zwischen Rigi und Mythen, Sihlsee und Rütli zu präsentieren. Denn vielfach wissen nicht einmal touristische Anbieter wie Hotelliers und Gastrobetriebe Bescheid über das vielfältige und attraktive Angebot im Kleinraum Innerschwyz. Zudem ging es auch um das gegenseitige Kennenlernen, was den Organisatoren durchaus gelungen ist.

Raiffeisenbanken auf Wachstumskurs

Die Schwyzer Raiffeisenbanken sind weiterhin auf Erfolgskurs, auch verglichen mit Raiffeisen Schweiz legte man 2006 überdurchschnittlich zu, wie Präsident Christian Schnetzler an der GV Ende April in Muotathal sagte. So schnellte die Mitgliederzahl um fünf Prozent hoch, die Bilanzsumme aller angeschlossenen Bankinstitute liegt nur noch wenig unterhalb der zwei Milliarden-Grenze. Die Hypothekendarlehen nahmen um sechs Prozent zu. Mit dem Ausbau des Netzes steigen aber auch die Aufwendungen.

Spital Schwyz mit markantem Wachstum

Die Krankenhausgesellschaft Schwyz (KHGS) als Trägerin des Spitals Schwyz meldet für 2006 ein sehr gutes Geschäftsjahr. Hauptgrund ist die innert Jahresfrist markant gestiegene Anzahl behandelter Fälle von 5150 auf 5740. KHGS-Präsident Ruedi Reichmuth führt dies auf die erhöhte Attraktivität des Regionalspitals zurück. Dank neuen und verbesserten Angeboten sei es gelungen, viele Patienten, die sich früher in ausserkantonalen

Spitälern behandeln liessen, nach Schwyz zurückzuholen. Deshalb musste neues Personal gesucht und eingestellt werden. Heute zählt das Spital Schwyz 460 Lohnempfänger, die sich 360 Vollzeitstellen teilen. Die Rechnung 2006 weist einen Betriebsertrag von 55 Mio. Franken aus (Vorjahr 48,6 Mio.), der Aufwand belief sich auf 53,7 Mio. (48,3). Die Personalkosten machen knapp 70 Prozent der Aufwendungen aus, die Sachkosten 30 Prozent. Unter dem Strich resultierte ein Mehrertrag von 1,4 Mio. Franken. Am 27. Juni 2007 kann der erste Teil der 31-Mio.-Franken teuren Ausbautetappe eröffnet werden. Die Erweiterung wird mit der Eröffnung des Hauses A im Mai 2008 abgeschlossen.

«pensionskasse pro» boomt

Die erst vor fünf Jahren gegründete «pensionskasse pro» mit Sitz in Schwyz ist im Steilflug. Das Konzept ist derart erfolgreich, dass sich letztes Jahr 1063 Unternehmen neu angeschlossen haben. Dies entspricht einem Wachstum von 71 Prozent innert Jahresfrist. Inzwischen sind 15 000 Arbeitnehmer in 2555 KMU-Betrieben bei der «pensionskasse pro» versichert, die von Nationalrat Reto Wehrli als Stiftungsratspräsident geleitet wird. Von den angeschlossenen Firmen stammen 760 aus der Zentralschweiz, 680 aus dem Raum Zürich/Aargau. Das Schwergewicht nach Branchen liegt bei den Dienstleistungsfirmen (1237) und dem Handel (699). Als Folge dieses Wachstums ist die Bilanzsumme von 485 Mio. auf 908 Mio. Franken explodiert. Der Deckungsgrad konnte 2006 erhöht werden, von 102,9 auf 103,8 Prozent. Die «pro» hat den technischen Zinssatz von 3,5 Prozent gehalten und eine Anlagerendite von 3,7 Prozent erzielt. Auch das erste Quartal im angelaufenen Jahr bestätigt den Erfolgskurs. Das enorme Wachstum ist auf alternative Anlage- und Versicherungsmöglichkeiten zurückzuführen, wobei gleichzeitig der Verwaltungsaufwand mit 10,4 Mio. Franken sehr tief gehalten werden kann. Neben dem Hauptsitz in Schwyz führt die «pro» Zweigstellen in Zürich, Aarberg, St. Gallen, Clarens und Mendrisio.

Solide Finanzlage der Schwyzer Gemeinden

Die Finanzlage der Schwyzer Gemeinden und Bezirke war noch nie so gut wie Ende 2006: In ihren Kassen liegt ein kumuliertes Eigenkapital (Schwankungsreserve) von 229 Mio. Franken. Diese Zahl geht aus der alljährlichen Statistik des Kantons zu den Kennzahlen der Gemeinden hervor. Sämtliche Gemeinden ausser Gersau und Morschach besitzen heute Reserven. Die mit weitem Abstand grössten Polster besitzen die drei Höfner Gemeinden Freienbach mit fast 55 Mio. Franken, Wollerau mit 26,2 Mio. und Feusisberg mit 20,5 Mio. Bei den Bezirken liegt die March mit 15,3 Mio. vorne, vor Schwyz mit 11,6 und den Höfen mit 11,5 Mio. Franken Eigenkapital. Nur noch sechs Gemeinden weisen eine Nettoschuld von mehr als 4000 Franken pro Kopf aus (Riemenstalden, Innerthal, Illgau, Morschach, Gersau, Tuggen). Die vier Gemeinden Feusisberg, Altendorf, Wollerau und Freienbach sind sogar schuldenfrei und weisen ein Nettovermögen aus. Gross sind nach wie vor die Unterschiede in der Steuerkraft pro Einwohner. In den drei Höfner Gemeinden liegt sie zwischen 4400 und 4600 Franken. Dies ist gut 13 Mal mehr als in der schwächsten Gemeinde und mehr als dreimal so hoch wie in der finanzkräftigsten Innerschwyz Gemeinde Küsnacht.

Vielversprechende Vereinfachung der MWST

Das Eidgenössische Finanzdepartement schlägt für die Vereinfachung der MWST verschiedene Wege vor. Der Abbau von Ausnahmen ist zwar lobenswert, geht bisweilen allerdings zu weit. Die Idee eines Einheitssatzes ist verlockend.

1995 eingeführt, ist die Mehrwertsteuer (MWST), heute die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Letztes Jahr resultierten aus ihr rund 19 Milliarden Franken oder 40% der Gesamteinnahmen. Auf der Suche nach neuen Einnahmen, ist in der Regel denn auch ihre Erhöhung die geforderte Lösung. Aktuell beträgt der Normalsatz 7,6%. Für Beherbergungsleistungen gilt ein Sondersatz von 3,6% und für Waren des täglichen Gebrauchs ein reduzierter von 2,4%.

Die Unternehmen kritisieren die MWST wegen ihrer Komplexität, des administrativen Aufwands und der formalistischen Kontrollen durch die Steuerbehörden. Daher wurden in den vergangenen Jahren, nebst Überlegungen zur Einführung eines Einheitssatzes, Stimmen laut, die vor allem eine Vereinfachung des Systems forderten.

Positives Echo aus der Wirtschaft

Das Wohlwollen, mit dem die Vernehmlassung der Mehrwertsteuerrevision von Bundesrat Merz in der Wirtschaft begrüsst worden ist, ist daher leicht verständlich. Die Vorlage ist in drei Module aufgeteilt: Modul «Steuergesetz», «Einheitssatz» und «2 Sätze».

Das Modul «Steuergesetz» sieht eine vollständige Überarbeitung des MWST-Gesetzes mit neuer Systematik vor und trägt zahlreichen Verbesserungsvorschlägen Rechnung. Erwähnt seien an dieser Stelle namentlich die Senkung administra-

tiver Kosten, die Vereinfachung der Regeln über die obligatorische oder freiwillige Steuerunterstellung, die Verkürzung der Verjährungsfristen und generell eine Verbesserung der Deklarations-, Erhebungs- und Kontrollbedingungen.

Das Modul «Einheitssatz» geht darüber hinaus und sieht einen generellen Satz von 6% sowie den Abbau von 20 von 25 Ausnahmen vor. Während zehn Jahren betrüge der Einheitssatz 6,2% aufgrund zweier Korrektive von je 0,1%. Das erste Korrektiv diene der Kompensation einmaliger Steuerausfälle aufgrund nachträglicher Vorsteuerabzüge von neu Steuerpflichtigen (Einlageentsteuerung), das andere ist sozialpolitischer Natur und soll mittels Krankenkassenprämienverbilligung einkommensschwache Haushalte entlasten. In der Variante dieses Moduls wäre das Gesundheitswesen weiterhin unecht von der Steuer befreit, der Einheitssatz betrüge 6,4% und auf ein Korrektiv würde verzichtet.

Das Modul «2 Sätze» schliesslich stellt eine Art Mittelweg dar, bei dem anstelle der aktuellen drei noch zwei Sätze zur Anwendung kämen: Ein Normalsatz von 7,6% und ein reduzierter von 3,4% für Nahrungsmittel, Kultur, Sport, Beherbergung und Gesundheitswesen. Der reduzierte Satz betrüge aufgrund eines Korrektivs von 0,3% während der ersten zehn Jahre 3,6%. Auch dieses Modul sieht den Abbau der 20 Ausnahmen des Moduls «Einheitssatz» vor.

Keine MWST für Gesundheit und Bildung

Auf den ersten Blick erscheint eine Vereinfachung der Steuersätze, insbesondere die Einführung eines Einheitssatzes mit einem Minimum an Ausnahmen verlockend, sogar wenn man damit an zahlreichen Orten Opposition riskiert. Auf zeitlich befristete Korrektive sollte allerdings verzichtet werden. Diese schaden der Stabilität des Systems und überlagern sich allenfalls mit anderen Erhöhungen, die für die nächsten Jahre bereits ins Auge gefasst sind. Zudem sollte das Gesundheitswesen – so löblich der Abbau von Ausnahmen auch sein mag – der MWST auch weiterhin nicht unterstellt werden, um es nicht zusätzlich zu verteuern und um nicht einen grossen Widerstand gegen die Revision heraufzubeschwören. Das Bildungswesen sollte ebenfalls weiterhin ausgenommen bleiben, um private Ausbildungsstätten gegenüber öffentlichen nicht zu diskriminieren, ebenso gewisse Leistungen der AHV-Ausgleichskassen.

Centre Patronal

Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,2	101,6	101,8	102,2	101,9	101,6	102,1	102,3	102,9	103,0	102,6	102,7
2006	102,9	103,3	103,4	104,2	104,8	104,8	105,0	105,5	105,5	105,4	105,4	105,4
2007 *	105,2	105,5	105,9	106,8								
	+2,2%	+2,2%	+2,4%	+2,6%	+2,8%	+3,1%	+2,9%	+3,1%	+2,5%	+2,4%	+2,8%	+2,6%

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	101,3	101,6	101,7	102,0	100,8	101,7	101,9	102,1	102,6	102,7	102,7	102,7
2006	102,8	103,1	103,2	103,9	104,2	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	104,8	104,8
2007	104,6	105,2	105,4	106,1								

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	100,9	101,5	102,1	102,6	102,2	101,4	102,4	102,7	103,5	103,5	102,3	102,6
2006	103,1	103,5	103,7	104,7	106,0	105,7	106,0	106,9	107,0	106,7	106,5	106,5
2007	106,3	106,2	106,8	108,2								

Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2005	103,7	103,9	104,2	105,0	104,9	104,7	104,1	104,3	104,7	105,7	105,4	105,2
2006	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9
2007 *	105,2	105,4	105,4	106,6								
	+0,1%	+0,0%	+0,2%	+0,5%	+1,4%	+1,6%	+1,4%	+1,5%	+0,8%	+0,3%	+0,5%	+0,6%

		Gewichtung in %	2005	2006												2007				
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	
Monatsindex (Mai 2000 = 100)																				
Totalindex		100	105,2	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,2	105,4	105,4	106,6	106,6	
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,998	103,8	104,7	105,4	104,9	104,8	104,9	105,4	105,1	105,4	106,5	105,0	104,5	104,5	105,5	105,4	104,8	105,6	
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,962	115,5	115,5	115,5	115,7	115,7	115,7	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,9	115,9	115,9	117,6	117,6	
	Bekleidung und Schuhe	4,259	96,7	84,1	84,1	84,1	98,9	98,9	98,9	82,3	82,3	82,3	98,6	98,6	98,6	81,0	81,0	81,0	97,8	
	Wohnen und Energie	25,175	109,8	109,9	110,8	110,8	111,2	111,6	111,4	111,8	112,1	111,7	111,6	111,8	111,8	111,1	112,2	112,3	112,9	
	Hausrat und laufende Haushaltung	4,335	101,2	101,2	101,2	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,4	101,4	101,4	102,0	102,0	102,0	101,9	101,9	
	Gesundheitspflege	16,719	103,3	103,7	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,2	103,2	103,2	103,2	103,1	103,1	103,1	103,2	103,2	103,2	103,3
	Verkehr	10,286	107,1	107,8	108,0	107,4	108,9	109,9	109,7	110,7	111,5	109,6	107,8	107,4	107,3	107,4	106,9	108,1	109,4	
	Nachrichtenübermittlung	2,636	86,6	86,6	86,6	86,5	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	84,7	84,3	82,7	
	Freizeit und Kultur	9,242	99,9	99,8	99,8	99,6	99,6	99,6	99,4	99,4	99,4	99,0	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,9	99,1	
	Erziehung und Unterricht	0,663	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	110,2	110,2	110,2	110,4	110,4	110,4	110,4	110,4	
	Restaurants und Hotels	9,009	108,8	110,1	110,1	110,1	110,2	110,2	110,2	110,1	110,1	110,1	109,7	109,7	109,7	111,8	111,8	111,8	111,8	
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,716	108,3	108,9	109,2	109,2	109,2	109,3	109,3	109,3	109,1	109,1	109,1	109,1	109,1	108,6	109,1	109,1	109,1	
	Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	73,372	105,8	106,2	106,5	106,5	106,5	106,7	106,7	106,6	106,7	106,8	106,7	106,8	107,1	107,4	107,4	107,6	
Auslandgüter		26,628	106,6	101,9	102,3	101,8	104,9	105,4	105,2	102,8	103,2	102,0	103,7	103,2	103,2	99,9	99,9	100,2	103,9	
Waren		43,702	103,1	102,2	102,5	102,3	104,2	104,5	104,4	102,6	102,8	102,3	103,2	102,8	102,8	100,8	100,8	100,9	103,5	
Dienstleistungen		56,298	106,9	107,3	107,6	107,6	107,7	107,8	107,9	108,0	108,1	108,2	108,0	108,3	108,3	108,6	109,0	109,0	109,1	

* Veränderungen gegenüber Vorjahr
Die neuesten Zahlen der Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit ab Tonband 0900 55 66 55 und Telex 129.

Finanzreferendum: Problem statt Lösung

Da und dort entstanden nach Finanzkrisen in einigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften im letzten Jahrzehnt Mechanismen und politische Instrumente zum Bremsen der Kostenexplosion. Es wurde laut darüber nachgedacht, nebst einschlägiger Gesetzesbestimmungen – wie Ausgaben- und Verschuldungsbremse oder automatische Defizitkompensation –, in Form des obligatorischen oder fakultativen Finanzreferendums ein Vetorecht des Volkes einzuführen.

Die Idee ist praktisch nicht so absurd. In einer Demokratie sind Politiker stets empfänglich für finanzielle Begehren der Wähler, die ihrerseits allerdings vor allem ureigenste Interessen verfolgen und eine starke Opposition bilden. Diese kann sich dann mitunter als kontraproduktiv erweisen, wenn sie notwendige Investitionen blockiert. Grundsätzlich sollten die Behörden die Verantwortung für öffentliche Ausgaben übernehmen; das Volk kann sich zum gesetzlichen Rahmen äussern, sprich zu Organisation und Funktion des Staates. Ein Finanz-

referendum ist manchmal mithin ein notwendiges Übel.

Eine nationalrätliche Kommission schlägt jetzt aber genau die Einführung eines solchen auf Bundesebene vor. Die Vernehmlassungsvorlage will, dass Verpflichtungskredite von mehr als 200 Millionen neuer einmaliger Ausgaben oder mehr als 20 Millionen neuer wiederkehrender Ausgaben dem fakultativen Referendum unterstehen. Ausgaben, die als dringlich beschlossen werden sollen davon nicht betroffen sein.

Auf den ersten Blick erscheint die Idee eines Bundes-Finanzreferendums verführerisch. Das Instrument soll helfen, Ausgaben und Verschuldung zu drosseln. Auf den zweiten Blick gibt es zahlreiche spezifische Probleme. So kann zum Beispiel nicht ausgeschlossen werden, dass das föderalistische Gleichgewicht ins Wanken kommt, wenn gewisse Teile der Schweiz per Referendum systematisch bekämpft werden. Im Übrigen sind die meisten Bundesausgaben Transferkosten, das heisst, Gelder, die von einer an

eine andere Körperschaften oder Organisationen fliessen. Der einzelne Bürger beurteilt den Geldfluss also nur nach seinen direkten Interessen, das heisst, danach, ob er bezahlen muss, oder ob er erhält.

Technisch bereitet die Unterscheidung zwischen wiederkehrenden und einmaligen Ausgaben Nährboden für zahllose Kontroversen; ebenso die Definition von «neuen» oder «nicht gebundenen» Ausgaben. Gebundene Ausgaben, das heisst die durch das Gesetz vorgeschriebenen oder dringliche, wären dem fakultativen Referendum nämlich nicht unterstellt. Die Definition lässt einen grossen Interpretationsspielraum zu: Jede Wette, dass massenhaft Ausgaben eilig dieser Kategorie zugeteilt werden, um ein Volksverdikt zu vermeiden. Was bliebe demnach für ein Referendum übrig? Vielleicht noch die Strassen- und Militärkredite, die so wieso regelmässig von der Linken bekämpft werden!

Centre Patronal

Aktuelle Entwicklungen im nationalen und internationalen Zollwesen

es. Im Lichte der Globalisierung muss die Rolle des Zollwesens neu definiert werden. Es darf nicht mehr primär darum gehen, mit Zöllen Einnahmen für den Staat zu generieren oder die inländische Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Die Wertschöpfungsketten der Unternehmen sind heute international ausgerichtet. Zulieferer und Kunden befinden sich grösstenteils in einem anderen Zollgebiet. Dies trifft besonders für die Schweizer Wirtschaft zu. Ein effizientes Zollwesen, das einen möglichst ungehinderten grenzüberschreitenden Warenverkehr zulässt, ist deshalb für die Schweizer Unternehmen unerlässlich. Mit dem neuen Zollgesetz, das zusammen mit den entsprechenden Verordnungen am 1. Mai 2007 in Kraft getreten ist, wurde das über 80 Jahre alte Gesetz dem stark gewandelten Umfeld angepasst. Der grenzüberschreitende Warenverkehr soll insgesamt erleichtert werden. Weitere Handels erleichterungen und die Frage der Sicherheit im internationalen Handel sind die künftigen Herausforderungen, die von Zoll und Wirtschaft gemeinsam angegangen werden müssen.

Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie, Reduktion der Transportkosten sowie der Abbau von tarifären Handelshemmnissen haben dazu geführt, dass die Welt für Unternehmen «geschrumpft» ist. Der weltweite Güterhandel hat sich von 2000 Mrd. Dollar im Jahr 1980 auf heute über 12 000 Mrd. Dollar versechsfacht. Er ist im Durchschnitt um sechs Prozent pro Jahr gewachsen, knapp doppelt so schnell wie das weltweite BIP. Gleichzeitig hat sich auch die Art der gehandelten Güter verändert, weg von natürlichen Rohstoffen, hin zu verarbeiteten Zwischen- und Endprodukten, mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Volumen. Seit 1980 hat deshalb auch die Kapazität der rund um den Globus transportierten Container von 13,5 (1980) auf 92 Millionen (2005) TEU (TwentyFoot Equivalent Units) zugenommen. Zulieferer, Verarbeiter, Kunden aber auch Konkurrenten stammen nicht mehr primär aus der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern finden sich auf der ganzen Welt.

Die Schweiz ist besonders global ausgerichtet. Im Jahr 2006 exportierte die Schweizer Wirtschaft

Güter im Wert von gegen 180 Mrd. Franken und importierte Güter im Wert von 165 Mrd. Franken. Der Dienstleistungshandel gewinnt zunehmend an Bedeutung. Mit einer Aussenhandelsquote von gut 45 Prozent – vereinfacht gesagt, jeder zweite Franken wird im Ausland verdient – nimmt unser Land damit weltweit eine Spitzenposition ein. Die Schweiz ist eine der globalsten Volkswirtschaften der Welt ist. Der kleine Heimmarkt hat die Unternehmen frühzeitig gezwungen, ihre Beschaffungs- und Absatzmärkte im Ausland zu suchen und auszubauen. Globalisierung und internationale Interdependenz bringen jedoch auch neue Herausforderungen im grenzüberschreitenden Austausch, angefangen von gefälschten Produkten, über Seuchen bis hin zu gefährlichen Gütern. Diesen Herausforderungen müssen sich sowohl Zollverwaltungen als auch Unternehmen stellen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Zoll und Wirtschaftsakteuren ist daher erforderlich. Denn das Zollwesen kann in diesen Bereichen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig beeinflussen, positiv wie negativ.

Wertschöpfung und «life-cycle-costs»

Fast eine Provokation: dürfen wir uns heute überhaupt noch Gedanken machen über den Begriff der «Regionalen Wertschöpfung», der Wertschöpfung im eigenen Land? Die Globalisierung, der Fall der Handelsschranken, die umfassende Öffnung des grenzüberschreitenden, diskriminierungsfreien Warenverkehrs eröffnete ja Chancen für den Bezüger von Gütern und Dienstleistungen, aber auch für den Lieferanten derselben aus Gewerbe und Industrie;

- Unternehmungen im Bereiche der Wasser- und Verkehrsversorgung sind, vergeben sie Leistungen oder tätigen sie Investitionen über einem bestimmten Betrag, zur öffentlichen Ausschreibung nach GATT-Richtlinien verpflichtet. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, sind doch beispielsweise die Preise neuer Autobusse nach der Einführung des Submissionszwangs um rund 15% gefallen!
- und dass Wettbewerb eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltiges Überleben ist, hat beispielsweise das Schicksal der Mehrzahl der Schweizer Busbauer drastisch aufgezeigt: ehemals grosse Namen wie Saurer, Berna und FBW sind vom Markt verschwunden. Einst verwöhnt von

protektionistischen Schutzklau- seln waren sie dem rauen Wind des freien Marktes Mitte der 80er Jahre nicht mehr gewachsen. Dasselbe gilt im Schienenverkehr: wo sind die Pioniere wie SLM-Winterthur, SIG-Neuhausen, Waggonfabrik Pratteln und viele weitere geblieben?

Ich weiss, die Submissionsverordnungen schliessen Kriterien, die den inländischen Wertschöpfungsanteil bewerten, als diskriminierend aus. Haben demzufolge die noch verbliebenen Fahrzeughersteller in der Schweiz keine Chance mehr gegen ausländische Produzenten?

Ich behaupte, ihre Überlebensfähigkeit ist nach wie vor intakt, vielleicht sogar je länger, je mehr! Gestärkt durch den herrschenden, harten Wettbewerb brauchen sie keinen «Heimatschutz» mehr. Der Busbauer Hess in Bellach/SO oder Schienenfahrzeug-Lieferant Stadler in Bussnang setzen ein deutliches Signal. Innovative Schweizer Qualitätsfirmen, ausgestattet mit best- qualifizierten Fachleuten, bringen Fahrzeuge auf den Markt, die heutigen und künftigen Anforderungen bestens gewachsen sind.

Die Philosophie ihrer Konstruktion basiert nicht auf dem «Wegwerf-Prinzip». Ihre Produkte setzen

entsprechend längere Einsatzzeiten voraus und erlauben längere Abschreibungsdauern. Dies setzt den Einsatz modernster Technologie, fortschrittlichster (Umwelt-)Technik, eine auf Langlebigkeit ausgelegte Bauweise voraus – um nicht während der (längeren) Einsatzzeit als «veraltet und rückständig» ausscheiden zu müssen.

Voraussetzung für ihren nachhaltigen Markterfolg ist aber auch, dass ihre – zum grössten Teil über Submissionsverfahren – beschaffenden Kunden, nicht in erster Linie den **Anschaffungspreis**, sondern vielmehr die während der ganzen Lebensdauer prognostizierten Kosten, eben die «life-cycle-costs» bewerten.

Zugegeben, es ist wesentlich anspruchsvoller, diese Prognose aufgrund konstruktiver Fakten der zu bewertenden Produkte zu fällen, als nur den reinen Beschaffungspreis zu vergleichen. Aber gerade dieses aufwändige Verfahren der zukunftsgerichteten Nutzwertanalyse sichert das Überleben unserer auf hochwertige, dauerhafte und wartungsarme Produkte ausgerichteten inländischen Lieferanten, sowie deren Arbeitsplätze und die Arbeitsplätze zahlreicher Zulieferanten.

Michael Roost

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am Mittwoch, 4. Juli 2007, ab ca. 15.30 bis 21.30 Uhr lädt der H+I seine Mitglieder zum Gesellschaftsanlass ein, anlässlich welchem die Leuchtenfabrik TULUX besichtigt wird.

Die Veranstaltung findet bei der Firma TULUX in Tuggen statt; wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

REV Rigi-Mythen unterstützt Küssnachter Theaterleute

Der Regionalverband Rigi-Mythen (REV) unterstützt die Jubiläums-Freilichtproduktion zum 20-jährigen Bestehen der Küssnachter Theaterleute mit einem direkten Beitrag von Fr. 6000.– und einem Defizitbeitrag von max Fr. 4000.–.

Im Jahr 2007 feiern die Küssnachter Theaterleute ihr 20-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wird ein Projekt in Form eines Freilichtspiels verwirklicht. Vom 20. Juni bis zum 18. August 2007 finden Aufführungen vom Stück «Die venezianischen Zwillinge» von Goldoni statt. Der REV Rigi-Mythen unterstützt dieses Vorhaben in der Überzeugung, dass ausserordentliche kulturelle Anlässe beträchtlich zur Attraktivität der Region beitragen.